

djbZ

Zeitschrift des
Deutschen
Juristinnenbundes

2/2018

21. Jahrgang, Seite 47-140

Herausgeber: Deutscher Juristinnenbund e. V.**Präsidium:** Prof. Dr. Maria Wersig, Hochschullehrerin, Dortmund (Präsidentin); **Oriana Corzilius**, Bundesbankrätin, Frankfurt am Main; **Claudia Zimmermann-Schwartz**, Ministerialdirigentin a.D., Düsseldorf (Vizepräsidentinnen); **Petra Lorenz**, Regiergungsdirektorin i.R., Sinzheim (Schatzmeisterin); **Schriftleitung:** **Anke Gimbal**, Rechtsassessorin, Geschäftsführerin Deutscher Juristinnenbund, Berlin.

DOI: 10.5771/1866-377X-2018-2-47

Pinkpeace – Die politische Macht von Frauenverbänden*

Darum geht es: Haben Frauenverbände Macht im politischen Raum und wenn ja, welche? Und wenn nein, sollten sie mehr Macht haben und wie könnten sie sie bekommen?

Bitte beachten Sie, dass es dieser Aspekt ist, der mich beschäftigt. Jene spezielle Aufgabenstellung des djb, nämlich sich intensiv einzumischen in die rechtspolitische Diskussion, nehme ich jetzt nicht in den Blick. Ich rede über Frauenverbände allgemein, über den djb nur in dieser Beziehung, und über ihre Macht im politischen Raum.

Die Lage der Frauen in dieser Gesellschaft hat sich verbessert. Nicht ausreichend – zweifellos, es bleibt noch viel zu tun; aber Frauen stehen besser, erheblich besser als zu Beginn der Bundesrepublik, geschweige denn zu Beginn des nun zu Ende gehenden Jahrhunderts. Um diese Verbesserungen haben Frauen gekämpft, teils in Frauenverbänden, teils in anderen Organisationen, insbesondere Parteien, teils auch als Einzelne. Da es also Erfolge gegeben hat, liegt der Schluss nahe: Irgendeine politische Macht der Frauen scheint es zu geben. Aber: War es die der Frauenverbände? Und in welchem Ausmaß und in welchen Formen waren sie beteiligt?

Den Frauen geht es um eine tiefgreifende Veränderung der Gesellschaft, hin zu einer gleichberechtigten. Dazu mussten und müssen Frauen sich selbst ändern, und das haben sie auch in erheblichem Maße getan. Für alle anderen Veränderungen aber brauchten und brauchen sie Männer. Denn in allen Institutionen, die entscheiden über Frauen und die Bedingungen, unter denen sie leben und arbeiten, haben die Männer die Mehrheit. Präzise lautet die Frage also: Welche Macht entwickelten Frauen und ihre Verbände gegenüber Männern und den von ihnen beherrschten Institutionen?

Die Antwort ist eindeutig: Sie stützten sich auf die Macht des Arguments. Sie argumentierten und überzeugten, gewannen so männliche Mitstreiter und damit Mehrheiten, aber so verfehlten sie sie auch. Und damit ist das Dilemma beschrieben.

Denn ihre Macht ging und geht also nur so weit wie die Macht des Arguments. Nun will ich diese Macht nicht geringachten, schon gar nicht vor uns Frauen, die wir allesamt eine Argumentationswissenschaft studiert haben und unsere Existenz damit sichern, dass wir – möglichst mit unseresgleichen – Argumente austauschen.

Dennoch dürften nur wenige und dazu noch Uneingeweihte der Meinung anhängen, die wesentlichen politischen Entscheidungen in diesem unserem Lande würden nur oder wenigstens überwiegend auf der Basis von sachlichen Argumenten gefällt. Rational geprägte Männer und sachgebundene Argumente in der Politik kommen durchaus vor. Aber sie setzen sich nur dann durch, wenn sie in den Kram passen, wenn andere, wichtigere Entscheidungsparameter nicht ein anderes Ergebnis wünschenswert erscheinen lassen. Diese Parameter sind: Interessen. Selbstbezogene Partikularinteressen von Mehrheiten oder – verbreiteter noch – von durchsetzungsstarken Minderheiten; Interessen an Machterhalt, Privilegien, Absicherungen und, damit verbunden, der Setzung finanzieller Prioritäten.

Und das erklärt auch zwanglos, warum alle unsere fabelhaft guten, ganz und gar unwiderleglichen, ethisch hochstehenden, ja, wissenschaftlich abgesicherten und – wie entscheidend – liebenswürdig und gänzlich unverbittert vorgetragenen Argumente nicht imstande waren, all das abzuschaffen, was Frauen und ihrer Gleichstellung permanent im Wege steht. Wir hatten eben oft, allzu oft, nicht die dominanten Interessen auf unserer Seite. Uns standen nicht bessere Argumente, sondern nur starke gegenläufige Interessen gegenüber, die Vorteile in der bleibenden Benachteiligung von Frauen sehen oder jedenfalls keine in deren Beseitigung; Interessen, die jene Mittel, die aufgewendet werden

* Festvortrag am 19. September 1998 in Dortmund „50 Jahre djb“, Quelle: aktuelle Informationen des djb 1998, 4-98, S. 13 ff.

müssten für eine Gleichstellung, anders verwendet sehen wollen. Es würde sich wohl lohnen, bei unseren Erfolgen einmal nachzuforschen, welche Interessen und warum sich mit den unseren verbunden hatten und/oder warum es zu jenem historischen Zeitpunkt keine dominanten gegenläufigen Interessen gab. Ich wage die Hypothese, dass der Faktor „Einsicht“ nur vereinzelt und nur eine geringe Rolle gespielt hat.

Selbstkritisch ist nun allerdings die Frage zu stellen, was mich berechtigt, das Erklärungsmodell Argumente versus Interessen zu formulieren. Vertreten denn nicht auch wir Interessen? Und macht allein die Tatsache, dass wir sie für die „richtigen Interessen“ halten, uns zu Argumententrägerinnen, die anderen aber zu bloßen Interessenvertretern?

Der Unterschied ist doppelt begründet:

Zum einen: Der Versuch der Einflussnahme der Frauenverbände beginnt und endet mit dem Argument. Die Einflussnahme der Interessenvertreter in der Politik wird bestenfalls von Argumenten begleitet; wesentliche Faktoren sind das Bedienen von Zugehörigkeiten und die Möglichkeit zu drohen und zu belohnen. Zünftige Interessenvertreter haben „ihre“ Leute in entscheidenden Positionen, die ihnen verpflichtet sind; sie können androhen, dass sich ihre Mitglieder verweigern werden, etwa bei Wahlen, bei Spenden, oder – das Gegenteil – eine Gratifikation zusagen, dazu noch Pöstchen und Posten vergeben; sie können Krachschlagen und Kampagnen starten. Und all dies glaubwürdig und damit wirksam.

Der andere Unterschied liegt in der Art der formulierten Interessen: Durchsetzungsstark sind organisierte oder organisationsfähige klare Interessen und Gruppenegoismen. Voraussetzung ist, dass deren innere Widersprüchlichkeiten entweder marginal sind oder intern in einem von allen akzeptierten Prozess gebündelt und gewertet wurden. Beispiele dafür bilden Industrielobbies, auch Gewerkschaften. Verbraucherverbände und Umweltschutzorganisationen hingegen vertreten „diffuse Interessen“, sie fühlen sich dem Gemeinwohl verbunden und formulieren altruistische Ideale als Ziel der Interessenvertretung. Richtig gute Menschen, aber schwach in der Durchsetzung. Es gibt eine Ausnahme: Greenpeace. Ich komme darauf zurück.

Frauenverbände ähneln eher dieserart Verbänden; sie formulieren ihre Interessen und damit ihre Politik als allgemeinen, hehren Idealen verpflichtete. Nie versäumen sie zu überprüfen, ob das, was den Frauen nutzen soll, auch gut ist für diese Gesellschaft. Und sie sprechen in der Regel für „die Frauen“. Die Interessen der Frauen sind aber keinesfalls gleichgelagert, ja, können durchaus gegenläufig sein. Der Anteil der identischen Interessen aller Frauen ist so riesig nicht. Diese gemeinsamen Interessen sind wiederum oft nur sehr abstrakt zu formulieren, damit unterschiedlichen Auslegungen zugänglich – und so auch recht beliebig verwertbar. Werden Allgemeininteressen für den gelebten und erfahrenen Alltag jeder einzelnen Frau konkretisiert, verlieren sie schnell ihre Allgemeinheit. (Abstrakt: „Frauen sollen in dieser Gesellschaft geachtet werden“; konkret: „Und deshalb sollen sie erwerbstätig oder nicht erwerbstätig sein“ – alle Frauen? Wohl kaum.)

Frauenverbände nehmen aber selbst dann, wenn sie ausdrücklich für einen Teil der Frauen organisiert sind, für sich

in Anspruch, wenn sie nach außen auftreten, „die Frauen“ zu vertreten. Das bedeutet, dass sie dann entweder nur den kleinsten gemeinsamen Nenner formulieren dürften oder Camouflage betreiben. Ich kenne keinen Frauenverband, der offen ausschließlich die Interessen der eigenen Mitglieder vertritt und es nicht nur aushält, sondern offensiv formuliert, seine Ziele seien nicht identisch mit den Interessen aller Frauen und zu denen einiger sogar gegensätzlich.

Genau diese Vertretung von allen in allem, diese Diffusität schwächt die Bewegung. Wir wissen, dass Frauen zu Unrecht Politikabstinenz vorgeworfen wird. Denn sie sind es, die in Initiativen vor Ort, in Bürgerarbeit weitgehend die Interessenformulierung und Interessenvertretung tragen. Aber dort ist sie eben konkret und erfahrbar, nicht hehr und abgehoben.

Frauenverbände machen aber kein vergleichbar konkretes Angebot, oder nur in kleinem Maßstab vor Ort, ohne Anspruch und Möglichkeit, nach außen zu wirken. So können sie Kommunikation und Kuschelecken, interne Netzwerke – wenn es gut geht – und die Gewissheit ihrer Mitglieder erzeugen, dass sie hohe Ziele, ja, solche mit Verfassungsrang uneigennützig und nicht mal männerfeindlich vertreten. Aber sie können nichts von dem aufbringen, was anderen Verbänden Durchsetzungsstärke, was ihnen politische Macht bringt und die Möglichkeit, die Wirklichkeit zugunsten ihrer Mitglieder zu verändern. Sie formulieren nicht klare, eigennützige Teilinteressen und mobilisieren dafür, sie nutzen nicht die Erkenntnis, dass Politiker nur bei geballter Faust auch auf Argumente reagieren.

Bleibt uns also nur: Frauenverbände – entweder so-rein-so-fein-so-edel-im-Handeln-und-Denken und ohne jede politische Macht – oder krude Interessenverbände, die nicht rumschluchzen an der Frauenklagemauer „alle sind immer so gemein zu uns“, sondern cool betont eigennützige Interessen ihrer Mitglieder formulieren, sie für ihre Durchsetzung mobilisieren und mitmischen wollen und können in dem so wenig feinen Machtkampf? Keine andere Alternative?

Halt: Greenpeace. Hehre Ziele, uneigennützig, dem Wohl nicht etwa nur der Menschheit, sondern dem des Planeten verpflichtet – und doch erfolgreich. Nicht, dass der Planet schon gerettet wäre, aber wo ständen die Frauen, wären wir so erfolgreich wie greenpeace (und so reich)! Wo ist der Unterschied zu Frauenverbänden, Verbraucherverbänden und auch anderen Umweltschutzorganisationen? Darin: Greenpeace macht sehr konkrete, auf bestimmte fassbare Ziele gerichtete Aktionen und – ganz wesentlich – setzt dabei auf begrenzte Regelverletzungen, die spektakulär sind. Da weht dann der Duft von Freiheit und Abenteuer, auch noch für einen guten Zweck.

Ein solches Vorgehen ist der Frauenbewegung nicht etwa fremd: Ich erinnere an die Suffragetten, die Anstandsregeln und Verbote verletzten und Gefängnisstrafen hinnahmen in ihrem Kampf für das Wahlrecht der Frauen – wahrlich kein Partikularinteresse, sondern eine Forderung, unabdingbar für die Entwicklung einer demokratischen Gesellschaft.

Ist das heute der Weg zu politischer Macht der Frauenverbände? Ach, ich sehe nicht die Frauen, die sich vor dem Bundesfinanzministerium anketten, solange, bis das Ehegattensplitting

fällt. Ich erwarte nicht Freeclimberinnen im Bikini an der Kuppel des Reichstags mit dem Transparent, das die Hälfte der Sitze in Bundestag für die Frauen fordert; und nasse Frauen in hübschen kleinen Schlauchbooten, die den Rhein blockieren, bis endlich Frauen und Frauenverbände in den Räten der EU vertreten sind, übersteigen auch meine Vorstellungskraft. Schade.

Also, bleibt es wohl bei den genannten unbehaglichen Alternativen:

Alles im Prinzip so lassen, wie es läuft in den Frauenverbänden, durchaus mit mehr Professionalität und Einsatz. Das geht. Da werden wir diejenigen Erfolge haben, die Argumente bringen. Ich betone nochmals: Das ist keineswegs immer für die Katz. Aber unser Einfluss bleibt dann weit entfernt von politischer Macht und verkürzt die Zeit, die es noch braucht bis zu einer gleichberechtigten Gesellschaft von 240 auf 210 Jahre, vermute ich mal – doppelt optimistisch.

Und wie könnte frau sich die Alternative vorstellen? Ich habe kein Patentrezept; deshalb hier nur, um Ihre Fantasie anzuregen, ein paar Überlegungen. Vielleicht würde ein Frauenverband, der politische Macht entwickeln möchte, ungefähr so aussehen und vorgehen: Er hätte ein Programm, das sich strikt an den Interessen der Mitglieder orientiert, er wäre bereit, wenn nötig zu mobilisieren und Druck auszuüben und damit auch zu drohen, ein Verband also, der Lobbyarbeit machte so professionell wie die Männer und ihre Organisationen.

Auf der Basis des Programms würde ein solcher Frauenverband dann ein zugespitztes Angriffsprofil entwickeln und jeweils ein konkretes Nahziel benennen, das für den gelebten Alltag der vertretenen Frauen bedeutend und gleichzeitig auch realistisch ist; er würde dann Strategien festlegen, wie dieses zu erreichen sei. Bündnispartner und -partnerinnen würden gesucht und vereintes wie getrenntes Vorgehen festgelegt werden. Auf dieses eine Nahziel würden dann für eine gewisse Zeit – möglichst bis zum Erfolg – alle Kräfte gebündelt.

Bestandteil der Strategie wäre es sicherlich weiterhin, Argumente in der Überzeugungsarbeit einzusetzen. Aber eben nicht nur: Vielmehr würden die Mitglieder mobilisiert. Wenn immer möglich, würden viele Frauen in Aktivitäten vor Ort eingebunden werden. Sie suchen z.B. geballt und immer wieder, mit Pressebegleitung, ihre Abgeordneten auf, verlangen nachdrücklich Einsatz für ihre Forderung und akzeptieren Ausflüchte nicht. Ach ja: Hier kann ich mir dann doch auch vorstellen, dass ein solcher Verband begrenzte Regelverletzungen organisiert, etwa: Frauen benutzen als Kinderbetreuungseinrichtung solange das Rathaus – oder was auch immer die Männer zu ihrer wichtigsten Spielwiese erkoren haben –, bis ihre Forderung erfüllt ist, und zwar mit ausreichenden Öffnungszeiten und qualifiziertem Personal.

Das genügt nun als kleine Skizze. Aber ich betone noch mal: Es geht mir hier nicht um die rechtspolitische Aufgabe des djb. Selbstverständlich sollte bei einem Juristinnenbund die Wahl der Mittel durch die eigene Professionalität geprägt sein. Die Seriosität der Argumente, die Fundiertheit unserer Forderungen und die wissenschaftliche Zuverlässigkeit unserer Stellungnahmen darf nicht etwa durch Aktionismus ersetzt werden – für

andere Frauenverbände gilt dasselbe. Unser Instrumentenkasten soll nicht ersetzt, sondern ergänzt werden.

Ich kann nicht voraussagen, wie erfolgreich ein Frauenverband dieser Art in Deutschland sein könnte. In den USA haben die Frauen mit einem solchen weniger zarten Vorgehen eine ganze Menge erreicht. Mir liegt daran, dass wir nach 50 Jahren Juristinnenbund neben berechtigtem Feiern und Stolzsein auch darüber nachdenken, ob und was wir vielleicht anders und besser machen könnten. Und so habe ich versucht, Strukturprobleme aufzuzeigen und Alternativen zu benennen.

Aber wenn wir nachsinnen über unsere zukünftige Arbeit, müssen wir bedenken, dass jede Strategie neben möglichen Chancen auch Risiken hat, greifbare, auch beängstigende Risiken. Ein Frauenverband, der sehr konkret die Interessen nur eines Teils der Frauen formuliert und abweichende Interessen anderer Frauen ebenso bewusst und offen vernachlässigt wie die Widerstände von Männern, verzichtet auf das Pathos des allgemeinen Gleichberechtigungsgebotes unserer Verfassung. Er verlangt von seinen Mitgliedern nicht moralisches, sondern politisches Bewusstsein und die Stärke, zu den eigenen Bedürfnissen auch öffentlich zu stehen; viele Frauen schaffen das nicht einmal privat.

Ein Verband, der ganz offen für Teilinteressen streitet, verletzt massiv das Harmoniebedürfnis der Frauen. Auch in der Formulierung von Nahzielen werden nicht immer alle einer Meinung sein; Frauen aber sind noch nicht so wie Männer darin geübt, zu taktieren und sich zugunsten eines Naherfolges zu beschränken. Zu lange wollen sie nichts, und dann wollen sie alles auf einmal und zwar JETZT. Die beschriebene Änderung des Konzepts kann den Verband auseinandersprennen.

Wir sind stolz darauf, dass wir nicht parteipolitisch festgelegt sind – zu recht. Aber konkrete Nahziele werden ganz unvermeidlich mit den Programmen von bestimmten Parteien mehr oder eben weniger harmonieren. Prägt aber genau ein solches Nahziel für eine gewisse Zeit das Bild des Verbandes, mögen sich Frauen, die politisch gebunden sind, unter Druck fühlen. Auch darin sind uns die US-Amerikanerinnen voraus: Bei Fraueninteressen ist es für sie selbstverständlich, dass Parteien keine Rolle spielen dürfen. Bei uns ist es in engen Grenzen auch schon gelungen: Etwa beim § 218 und bei der Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe. Ein politisch mächtiger Frauenverband müsste eine solche Haltung verlangen können und er müsste sie auch herstellen wollen.

Sicherlich ließe sich die Liste der damit verbundenen Risiken noch verlängern. Ich bin keineswegs sicher, was der richtige Weg ist. Aber wir sollten uns wenigstens unserer Möglichkeiten bewusst werden, sie diskutieren und uns entscheiden, welchen Weg wir gehen können, welchen wir gehen müssen.

Über eins besteht sicher Einigkeit: Was die politische Macht angeht, wirken Frauenverbände wie die Frauen in Deutschland ganz allgemein: zu brav, zu adrett, zu vorhersehbar, zu belastbar, zu genügsam. Pflegeleicht und ungestraft übers Ohr zu hauen. Zu lieb eben. Lasst uns wenigstens damit aufhören und einen Zahn zulegen. Mehr pinkpeace!

Prof. Dr. Heide Pfarr